

INHALT

1. Landshaushalt in erster Lesung beraten
2. Koalition verweigert Dringlichkeitsdebatte über Fehmarnbeltquerung
3. Dänen-Ampel setzt sich über kommunale Interessen hinweg
4. Piraten sorgen erneut für Eklat im Landtag

14.11.2012

Landshaushalt in erster Lesung beraten

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen wirft Landesregierung enttäuschte Erwartungen und Rückkehr in die Schuldenspirale vor



CDU Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

„Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie kein Geld haben. Ich werfe ihnen allerdings vor, dass Sie in unverantwortlicher Weise Erwartungen geweckt haben, die Sie nie erfüllen konnten.“ Mit diesem häufig wiederholten Satz beschrieb CDU-Fraktionschef Johannes Callsen bei der heutigen (14. November 2012) ersten Lesung des Landshaushalts seinen Kernvorwurf an der neuen Landesregierung. „All die großen Erwartungen, die sie vom ersten Tag des Wahlkampfes an bis hin zur opulenten Überschrift Ihres Koalitionsvertrages bei ganz vielen Menschen im Land geweckt haben, werden nicht erfüllt. Ihr heutiger Haushaltsentwurf bildet deshalb auf 1890 Seiten unerfüllte Erwartungen ab“, so Callsen.

Die Regierungskoalition habe den Menschen vorgegaukelt, auch in Zeiten der Schuldenbremse sei alles möglich: Mehr Geld für Bildung, mehr Geld für Soziales, mehr Geld für die Kommunen. Die Kommunen seien eines der plakativsten Opfer der unerfüllten Erwartungen. So habe Albig ursprünglich angekündigt, den 120-Millionen-Euro-Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich noch ohne Abstriche rückgängig machen. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, den Kommunen bis zum Jahre 2017 schrittweise 80 der 120 Millionen Euro

zweckgebunden zurückgeben. Mittlerweile sei klar, dass die Landesregierung sich die für 2013 vorgesehenen 15 Millionen durch eine Kürzung bei der Grundsicherung in gleicher Höhe zurückholen werde.

Callsen betonte, bereits im Wahlkampf sei Ministerpräsident Albig klar gewesen, dass er all die geweckten Erwartungen nicht werde erfüllen können. „Sonst, Herr Ministerpräsident, hätten Sie in das von Ihnen mit schönen Worten ausgemalte Haus nicht so viele Hintertüren eingebaut.“

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf beweise im Übrigen, dass die von der Koalition angekündigten „neuen Horizonte für Schleswig-Holstein“ auf wenige Interessengruppen begrenzt seien! „Sie hätten uns an dieser Stelle maßlose Klientelpolitik vorgeworfen“, so Callsen. Das zusätzliche Geld werde eben gerade nicht nach dem größten Nutzen für das Land verteilt.

Die geplante Erhöhung der Neuverschuldung bezeichnete der CDU-Fraktionschef in jedem Fall als verantwortungslos. „Wir haben derzeit einen Höchststand der Steuereinnahmen von geschätzten 7,1 Milliarden Euro für das Jahr 2012. Und wir haben nach wie vor gute Prognosen für das Jahr 2013. Wir haben also wahrlich kein Einnahmeproblem“, so Callsen. Angesichts der Ausgabensteigerungen sei die einzige Hoffnung der Landesregierung jedoch eine Erhöhung der Steuern auf Bundesebene.

Dort, wo Schleswig-Holstein selbst etwas für Steuereinnahmen tun könne, mache die neue Landesregierung exakt das Gegenteil dessen, was notwendig ist. Als Beispiele nannte Callsen das Tariftreue- und Vergabegesetz sowie die Abschaffung der einzelbetrieblichen Förderung.

CDU-Haushaltsexperte Koch betonte noch einmal den Kardinalfehler der neuen Landesregierung, sich mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2013 und der darin vorgesehenen Netto-Neuverschuldung von etwa 420 Millionen Euro wieder vom Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes zu entfernen. Angesichts der Entwicklung von Steuereinnahmen und Zinszahlungen werde Schleswig-Holstein 2012 voraussichtlich eine Netto-Neuverschuldung von unter 100 Millionen Euro und damit den niedrigsten Wert seit Beginn der Kreditaufnahmen im Jahr 1970 erreichen.

Nun nehme sich Schleswig-Holstein offenbar die ausufernde Verschuldungspolitik der rot-grün regierten Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zum Vorbild. Die historische Chance, den Haushalt angesichts von erfolgreichen Konsolidierungsmaßnahmen, Rekordsteuereinnahmen und Niedrigzinsen ins Plus zu drehen, werde damit vertan.

"Auch wenn man kein Musterknabe sein will, muss man sich deshalb noch lange nicht an den Klassenletzten orientieren", so Koch abschließend.

Zur Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen:

http://www.cdu.ltsh.de/content/aktuelles/top_1_Haushaltspolitik_.html

Zur Pressemitteilung von Tobias Koch:

http://www.cdu.ltsh.de/content/aktuelles/top_2_Haushaltspolitik_.html

Koalition verweigert Dringlichkeitsdebatte über Fehmarnbeltquerung Umweltminister schraubt Ausgleichsmaßnahmen nach oben

Laut Medienberichten vom Dienstag (13. November 2012) droht sich der Bau der Festen Fehmarnbelt-Querung zu verzögern. Grund dafür sind unterschiedliche Ansichten zwischen Bauträger und Umweltminister Robert Habeck über den Umfang der Ausgleichsmaßnahmen für den Bau. Habecks Forderungen liegen danach etwa siebenmal höher als bislang vom Bauträger Femern AS veranschlagt.

„Diese neuen Forderungen werden das für unser Land so notwendige Jahrhundertprojekt verzögern und verteuern“, befürchtete CDU-Fraktionschef Johannes Callsen. Die CDU-Fraktion stellte für die Landtagssitzung dieser Woche einen Dringlichkeitsantrag zum Thema. Zu klären sei unter anderem die genaue Größe der geforderten Ausgleichsflächen und die Höhe des geforderten Ausgleichsbetrages. Vor allem aber müsse die Landesregierung die Frage beantworten, ob die Position der Landesregierung Einfluss auf den geplanten Fertigstellungstermin habe.

Die Koalitionsmehrheit lehnte die Dringlichkeit der Debatte am Mittwochmorgen ab. „Die Weigerung der Koalition, heute eine Debatte zu führen, dient allein der Vertuschung ihres regierungsinternen Streits“, kommentierte Callsen in Kiel.

Noch im Oktober hatte sich Ministerpräsident Torsten Albig bei seinem Dänemarkbesuch als großer Befürworter des Belttunnels dargestellt. Laut Medienberichten sollen die Ausgleichsforderungen des Umweltministers jedoch bereits aus dem September stammen.

„Die SPD-Regierungsfraktion muss sich die Frage gefallen lassen, was die Worte ihres Ministerpräsidenten Albig in Kopenhagen überhaupt wert waren. Sie und allen voran ihr Verkehrsminister sind aufgefordert, den kleinen Koalitionspartner in die Schranken zu weisen. Ansonsten macht sich der Ministerpräsident beim Thema Fehmarnbelt-Querung gegenüber dem dänischen Nachbarland lächerlich.“

Die CDU-Fraktion verlange Aufklärung über alle Aspekte der Ausgleichsflächen-Problematik. Die von den Grünen immer wieder gefahrene und durchsichtige Strategie, Projekte durch ständig steigende Forderungen zu torpedieren, dürfe in diesem Fall nicht aufgehen.

Callsen bezeichnete es als bemerkenswert, dass die Regierungskoalition diese Debatte im Landtag lieber nicht führen wolle. Die CDU-Fraktion hat nun eine kleine Anfrage gestellt, um die Regierung zur Beantwortung der drängenden Fragen zu erzwingen.

Dänen-Ampel setzt sich über kommunale Interessen hinweg Politische Verlässlichkeit ist ein wichtiger Standortfaktor für unser Land!

Angesichts der langen Haushaltsdebatte wurden verschiedene Anträge zur Verkehrspolitik heute in einem gemeinsamen Tagesordnungspunkt behandelt. Dabei lehnte die Regierungsmehrheit unter anderem den Antrag der CDU-Fraktion ab, die von der Regierungskoalition geplante Umdrehung der Aufteilung der Bundesmittel zur Gemeindeverkehrsfinanzierung zu Lasten der Straßen rückgängig zu machen. CDU-Redner Volker Dornquast bedauert in diesem Zusammenhang, dass die Regierungsmehrheit sogar eine Anhörung der Kommunen im Ausschuss verhindert hatte:

„Die CDU hätte sehr gerne in den Ausschüssen erfahren, was die kommunalen Vertreter zur

Vernachlässigung der kommunalen Schlaglochpisten zugunsten touristischer Fahrradwege sagen. SPD, Grüne und SSW sowie die Landesregierung wollten die Aussagen lieber nicht hören. Das ist bezeichnend“, so Dornquast.

Immer wenn es gelte, in der kommunalen Verkehrspolitik mit betroffenen Bürgern und Verwaltungen in einen ergebnisoffenen Dialog zu treten, kneife die Landesregierung.

„Verlässlichkeit in der Verkehrspolitik Schleswig-Holsteins sieht anders aus. Leider werden am Ende dieser von Kiel aus diktierten kommunalen Verkehrspolitik die Bürgerinnen und Bürger die Zeche für marode Straßen aus eigener Tasche bezahlen dürfen. Die Bevorzugung des ÖPNV und der Fahrradwege ist ein Pyrrhussieg der Dänen-Ampel“, so Dornquast.

Auch der gemeinsame Antrag von CDU und FDP zur Fortsetzung des Feldversuches mit Lang-LKW wurde von der Regierungsmehrheit abgestimmt.

Antrag der CDU-Fraktion zur Aufteilung der GVFG-Mittel:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0144.pdf>

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zur Fortsetzung des Feldversuches mit Lang-LKW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0160.pdf>



Volker Dornquast, MdB

Piraten sorgen erneut für Eklat im Landtag **Aktuelle Stunde wird für Einzelfallbetrachtung ausgenutzt**

Bereits die Beantragung einer aktuellen Stunde zur „neuen Willkommenskultur“ der Landesregierung hatte Fragen aufgeworfen. Heute sorgte die Fraktion der Piraten im Landtag erneut für einen Eklat. Laut Geschäftsordnung des Landtags können „Aktuelle Stunden“ über einen bestimmt bezeichneten Gegenstand von allgemeinem und aktuellem Interesse beantragt werden.

Die Rednerin der Piratenfraktion, Angelika Beer, redete allerdings nahezu ausschließlich über den konkreten Fall der Familie Chafi aus Elmshorn. Dieser war in den letzten Wochen öfter Gegenstand der Presseberichterstattung. Landtagspräsident Klaus Schlie bedauerte, dass sich die Piraten-Fraktion nicht an die Absprache im Ältestenrat gehalten habe, nach der persönliche Einzelfälle nicht Thema von Aktuellen Stunden sein sollten. Er warf den Piraten einen Stil vor, der nicht ins Parlament gehöre.

Die flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, führte darüber hinaus

aus, dass eine Diskussion und Fortentwicklung der „Willkommenskultur“ für ausländische Mitbürger in den letzten Jahren tatsächlich schon stattgefunden habe.

Auch das Bleiberecht sei dabei ein ständiges Thema. So habe bereits die CDU-geführte Landesregierung einen Initiativantrag zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen und Härtefällen in den Bundesrat eingebracht. Damit soll eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes erreicht werden. Langjährig geduldeten Menschen, denen eine nachhaltige Integration gelungen ist, soll damit die Möglichkeit eröffnet werden, ein dauerhaftes Bleiberecht zu erlangen.

„Die Piraten haben heute den Betroffenen einen Bärendienst erwiesen. Sie haben Hoffnungen geweckt, die das Parlament nicht erfüllen kann und gleichzeitig ihr selbst gesetztes Thema verfehlt“, so Damerow.

Um die aktuellen Probleme und Härtefälle im Rahmen von Abschiebeverfahren im richtigen Gremium zu beraten hat die CDU-Fraktion heute beantragt, dass der Innenminister auf der nächsten Innen- und Rechtsausschusssitzung in nichtöffentlicher Sitzung die Abgeordneten über die aktuelle Situation informiert. „Da gehören Einzelfälle auch hin“, so Damerow abschließend.



Astrid Damerow, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de